

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1923**

9.11.1923 (No. 257)



# Badischer Beobachter

Verlagspreis (freibleibend) ...

Anzeigenpreis: ...

Table with 2 columns: Zeit, Brief. Lists various times and postal codes.

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.

Verlegerin und Verlagsleiterin: Frau. Sel. „Badenia“ (Wilhelm Jöhner, Direktor).

Ercheint wöchentlich einmal täglich. - Preis: 10 Pfennig.

Hauptverleger: Dr. Th. Menger. Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Th. Menger.

## Wie es mit uns steht.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird uns geschrieben: Noch hat sich die Erregung über die Regierungskrisis vor 4 Wochen nicht ganz gelegt...

## Ein Hitler-Putsch in München.

München, 9. Nov. Der gestrige Abend hat in München den Staatssturz gebracht. In einer unehrer überschuldeten Versammlung im schon um 7 Uhr polizeilich abgesperrten Saal im Bürgerbräukeller hielt der bisherige Generalkommissar Dr. v. Kahr die angekündigte große Rede...

stunde des deutschen Volkes und Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit. Alle Maßnahmen für die Niederschlagung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

## Die Reichsregierung an das deutsche Volk!

Berlin, 9. Nov. Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: An das deutsche Volk! In der Zeit größter außenpolitischer Bedrängnis haben Verblendete sich ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerbrechen.

Stuttgart, 9. Nov. Verordnung des Militärbefehlshabers des Wehrkreises V: In München ist die verfassungsmäßige Regierung gestürzt worden. Hitler erklärte sich zum Reichskanzler. Der Generalkommissar von Kahr und General von Lossow bekämpfen Hitler.

gen. Einen schlimmeren Streich hätten die republikanisch gesinnten Blätter der Republik nicht spielen können.

Wie die Republik wirklich in Gefahr? Nicht man sozialistisch. Zeitungen und die Blätter der Berliner Demokratie, dann könnte man allerdings glauben, daß der offene Aufstand der radikalen Reichskreise nicht bevorstehe.

An dieses Land zu denken ist fürchtbar. Seit über einem Jahre haben Zentrumsgesandte im sozialen und im Haushaltsausschuß des Reichstages geplatzt, daß Deutschland entweder mehr arbeiten, oder aber hungern müsse.

## Poincares Fürst vor einer Diktatur.

Frankreich gegen eine reaktionäre oder militärische Diktatur Deutschlands. Paris, 9. Nov. Nach dem Tode hat die französische Regierung ihren Verlust beklagt...

## Das Papiergeld öffentliches Zahlungsmittel!

Karlsruhe, 8. Nov. Der Militärbefehlshaber hat am 7. November 1923 folgende Verfügung erlassen: Nach Meldungen aus verschiedenen Teilen des Wehrkreises wehren sich die Händler...



Das Ergebnis der Unterschriften-
samm lung für die Bekenntnis-
schule in ganz Deutschland.

Im vergangenen Sommer haben in Baden die
neugegründeten katholischen Elternvereinigungen
eine Unterschriften samm lung veranstaltet für die
Erhaltung des christlichen Charakters unserer badi-
schen Schule und für die Festlegung der freien Ent-
wicklungs möglichkeit und der Gleichberechtigung der
Bekenntnisschule mit anderen Schularten im Reichs-
schulgesetz. Das Resultat war ein überraschend
glänzendes trotz der großen Schwierigkeiten und
Geminisse, die bekanntlich einer solchen Unter-
schriften samm lung entgegenstehen. Besondere Verdienste
am Gelingen haben sich wohl der Badische
Lehrerverein in treuer Gefolgschaft auf die Parole
des Obmanns Hofstein und die sozialistisch-liberale
Presse durch ihre volksverliebenden Artikel erworben.
Dadurch sind auch die Säuglinge und Schläfrigen
aufgeweckt worden. Die katholische Kirche gefährdet
den Schulfrieden in Baden, haben beide Gruppen
ins Land hinein gerufen. Wir haben das als Verleumdung
zurückgewiesen. 1/2 Jahre sind seitdem
ins Land gegangen. Wir fragen heute den Badischen
Lehrerverein und die Linkspresse, wann und wo im
Verlaufe der Unterschriften samm lung von der katholischen
Kirche „der Schulfriede gefährdet“ worden ist.
Es war das eben nur ein altbekannter demagogischer
Schlagzeug, der aber diesmal keine Wirkung
nicht mehr tat. Es wird sich empfehlen, diesen nun
endlich in die Kumpfkammer zu werfen und sich
für das nächstmal einen neuen, besseren und zug-
kräftigeren zu suchen. Die Herren sind allerdings
sehr originell und lieben trotz allen Fortschritts-
phrasen in ihren Schlagern das Herkömmliche, Alt-
hergebrachte.

Vorbereitend für die Bekenntnisschule setzte sich
die Unterschriften samm lung in ganz übrigen
Deutschland ein. Das Unternehmen fiel in keine
günstige Zeit, nämlich in die des Einbruchs der
Franosen ins Ruhrgebiet. Die Samm lung wurde
mit der größten Gewissenhaftigkeit durchgeführt.
Genauere Anweisungen wurden hinausgegeben und
ausdrücklich bewacht. „Lieber 20. Unterschriften
weniger, als eine gefälschte.“ Auch im Reich überall
die scharfe Hand der Sozialisten und des allgemeinen
Deutschen Lehrervereins, und dennoch, vielleicht
teilweise Dank derselben überall ein glänzendes
Resultat. Nach den neuesten Veröffentlichungen der
Zentralstelle der katholischen Schulorganisation in
Düsseldorf zeitigte die Unterschriften samm lung das
folgende Gesamtergebnis:

Table with 4 columns: Wahlbereich, Unterschriften, Prozent, and Zusammen. Rows include Baden, Württemberg, and various districts like Aöln, Münster, etc.

Das Ergebnis ist also überraschend, besonders
günstig in den Diözesen Osnabrück und Münster.
Das muß neidlos anerkannt werden. Wird die
deutsche Volksvertretung eine solche Kundgebung
des katholischen Volkes unbeachtet lassen können?

Aus Nordbayern.

Im Fränkischen Volksblatt, dem in Würzburg
erscheinenden Organ der Bayer. Volkspartei lesen
wir unterm 6. November folgendes kritische Stim-
mungsbild von den Vorgängen an der bayerisch-
thüringischen Grenze:

Die Gefahr blutiger Ausfällungen und Zusammen-
stöße geht von gewissen Verbänden aus, die sich „vater-
ländisch“ nennen. Ob das „vaterländisch“ ist, wenn man
einen Bruderkrieg heraufbeschwört, während fremde
Kriegsscharen im Vaterlande uns bedrücken, das mögen
sie sich selbst beantworten. Selbst wenn diese unsere
Landsleute in Thüringen anderer politischer Gesinnung
sind — so lange sie keine unmittelbare Gefahr für unser
Land bilden, haben wir kein Recht, gegen sie gewalt-
sam vorzugehen. Schließlich sind diese nicht die „vater-
ländischen Verbände“, sondern die Reichswehr, die in
dem roten Süden sehr rasch die kommunistischen Ge-
sinnung gedämpft hat. — Am allerwenigsten aber sind sie
berechtigt, weder durch mensliche, noch durch göttliche
Gesetze, gegen die zu Recht bestehende Reichsregie-
rung mobil zu machen; ihr mit einem Bismarck nach
Berlin zu drohen, falls sie nicht sofort eine mit dikta-
torischer Gewalt ausgestattete Persönlichkeit aufstellt und
sich selbst zurückzieht. — Wenn Hitlerleute und Nachzügler
des Rastors Jonson in Coburg und die Fundamentisten
„Ordnungsträger“ und „Hilfen Anbeter der Riß Glendit
im Verein mit ihren ohnmächtigen deutschbaltischen Ge-
sinnungsgenossen in Thüringen und Sachsen solche Töte
verfolgen so mag das aus ihrer ganzen geistigen Ein-
stellung zu erklären sein. Aber wie Katholiken diesen
Leuten nachlaufen können, ist uns unbegreiflich. Das
geht von einer ganz außerordentlichen Verwirrung der
sittlichen Begriffe.

Auf jeden Fall warnen wir eindringlich unsere
jungen Leute aus den katholischen Gemeinden, sich an
denen „vaterländischen“ Verbänden anzuschließen, als
den „Baden und Reich“. Sie laufen somit Gefahr, zu
politischen und kriegerischen Töteben gezwungen zu
werden, bei denen sie ihren Kopf sinken lassen und ihre Saat
zum Markt tragen, ohne daß hintennach sich ein Verant-
wortlicher darum kümmert.

Zwischen hat auch die Bayerische Volkspartei
in Bamberg einen nordbayerischen Parteitag abge-
halten, auf dem der Fraktionsführer der Bayer.
Volkspartei im Reichstag Domkapitular Reichert
u. a. auftrifft:

„Kein Mitglied der Bayer. Volkspartei kann diesen
völligen Zentralismus unterschätzen. Die Salen-
treuebewegung ist politisch und religiös unbedingt abzu-
lehnen. Keiner kann zugleich National-
sozialist und Mitglied der Bayer. Volkspartei
sein!“ Unter Großdeutschland verstehen diese
Leute etwas ganz anderes als wir. Wir verstehen dar-
unter nicht ein Großpreußen, sondern ein Großdeutsch-
land auf föderativer Grundlage.

Besonders die letzten Ausführungen des Redners
finden begeisterte Zustimmung.

Hg. Dr. Seid übertrug sich zu dem Konflikt mit
Berlin u. a. folgendenmaßen:

Die Lösung des jetzigen Konfliktes mit dem Reich
sei schwerer als die jedes anderen zuvor. Es sei abzu-
warten, was die Reichsregierung zur Beilegung des Kon-
fliktes zu tun gedenke. Es sei aber besetzt, wenn die
bayerische Regierung dem Reich nachlaufen würde. Dies
würde in Bayern eine ganz unumgängliche Situation
schaffen. Es sei unabweisbar, daß der Konflikt beilegt
werde, seine Quelle aber erst recht. (Stiller Beifall.)
Die Weimarer Verfassung muß auf die notdürftige Ent-
wicklung des bayerischen Volkes gestellt werden, diese ist
eine föderative (Wabral) Geld fällig mit herabgehenden
Worten zur Einigkeit und zur Beilegung christlichen
Gemeinschaftsgeistes und christlicher Liebe in der ent-
scheidenden und höchsten Frage.

Die Bayerische Volkspartei zieht also den Tren-
nungsstrich zwischen sich und den Hitlerverbänden
klar und scharf. Sie will mit diesen unklaren und
zugleich reichsverderberischen Treibeibern nichts zu
tun haben. Das ist außerhalb Bayerns manchmal
nicht deutlich genug hervorgetreten und hat manche
falschen Urteile veranlaßt. Es trägt aber auch zur
Klärung in Deutschland überhaupt bei, wenn man
weiß, daß der Kern des bayerischen Volkes, der
seine politische Vertretung ohne Zweifel ist, fest zum
Reich zu stehen und von dem Treiben rechtsradika-
ler vaterländischer Verbände nichts wissen will.

Innere Politik.

Aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten
ist der frühere sozialdem. Redakteur und Presschef
des ehemaligen Reichswehrministeriums Noke, Bernh.
Kausch. Er begründet seinen Austritt mit der
schwächlichen Haltung der Sozialdemokraten in nationa-
len Fragen. Die sozialdemokratische Partei
sei zur typischen Repräsentantin nationaler Duld-

mäuserei geworden und wage darum nicht vom
Klassenkampf abzugehen. Die Einigung der Partei
mit den Unabhängigen habe die Partei innerlich
vollkommen gelähmt und ihr Schicksal besiegelt.
Die Partei habe immer noch nicht begriffen, daß
die beste Parteipolitik eine politische nationale
Staatspolitik sei; sonst wäre sie nicht jetzt, wo Dr.
Stresemann in einer Zeit härtester außenpolitischer
Verdrängnis von einer Krise in die andere stürze,
aus der Koalitionsregierung ausgetreten. — Wichtig
ist zurzeit Angehörter in der Zentrale für Heimat-

Kommunistenverhaftungen in Rostock. In der
Nacht vom Sonntag auf Montag und auch im
Laufe des astrigen Tages sind 21 Kommunisten
verhaftet worden, darunter eine Frau. Ferner
wurden bei verschiedenen Kommunisten Haus-
suchungen abgehalten und weitere Verdächtige fest-
genommen. In Scharke wurde ein Lager mit 60
Mauswirtschaften und die Munition aufgedeckt. Die
Untersuchung ist noch im Gange. Offenbar hand-
elt es sich um die Kommunisten auch in Rostock zu einem
Rückzug auszuholen, der sich in erster Linie gegen
das Palais und das Justizgebäude wenden dürfte.

Badischer Landtag.

Die Notgesehe. — Baden und Berlin.

Mit einer durch die Abhaltung von Ausschüßungen
bedingten halbtagigen Verspätung begann die 2. Plenar-
sitzung des außerordentlichen Landtags gegen 12 Uhr.
Galt die geistige Sitzung mehr den Formalien und
der durch die Landesverwaltung vorgezeichneten Maß-
stab des Staatspräsidenten, so war die heutige voll auf der
Gesetzesarbeit gewidmet.

Nachdem der Kommunizist Ritter einen feierlichen
Protest wegen der Anwesenheit von 12 Kriminalbeamten
im Landtag vom Stapel gelassen hatte, erörterte Hg.
Dr. Schmidt (Chr.) einen ausführlichen Bericht über
das durch die Geldentwertung notwendig geordnete Not-
gesehe betr. das badische Grund- und Gewerbesteuer-
gesetz. Das Gesehe wurde schon Mitte August von der Regierung
erlassen und bedarf nun der nachträglichen Genehmigung
des Landtags. Hg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtete
kurz über das Notgesehe betr. die Wohnsteuer. An die
Berichterstattung knüpfte sich eine längere Debatte, die
sich aber am wenigsten mit dem zur Debatte stehenden
Gesehe befaßte, als vielmehr mit Reichssteuer. So gab
der Hg. Reichshaupt (Chr.) zu, daß die Regierung
in der Not das Notgesehe erlassen habe, aber gerade diese
Steuerbelastung habe auch viel Not erzeugt. Schwer sei
jedoch die Bezahlung der Steuer am 30. September ge-
wesen, noch schwerer am 31. Oktober. Vorauszahlungen
seien notwendig, aber sie müßten bei der endgültigen
Abrechnung werksmäßig aufgerechnet werden. Die
Zahlungstermine sind viel zu kurz. Viele sind zu Schaden
gekommen dadurch, daß rechtlich überhaupt kein Ver-
gelt zu erhalten war. Vermögensgegenstände in Zahlung
genommen werden. Das badische Gesehe wird immer
noch lieber befaßt, als die Reichssteuer. Es muß dafür
gefordert werden, daß das Ertragsvermögen der badischen Steuern
durch die unerschütterliche Reichssteuerbelastung nicht beein-
trächtigt wird. Die Landtags- und die Reichssteuer
wirken geradezu verheerend. Die 3-Kommunizist hat
in Anträgen hier schon Veränderung gefordert. Die Zu-
rückbildung des Reichsrechts bei der Landtags-Be-
handlung für die badische Kleinrentenwirtschaft eine dem Vor-
den gegenüber ungleich viel größere Belastung. Werden
die Zentrumsanträge, Befreiung der Abgabe für die
kleineren Betriebe, häßliche Franzosen nur der Mittel-
betriebe, Stundung der nicht durchgeführten, so ist der Aus-
kommenzustand wieder mittelständlicher Erleiden eine
Zahlange. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Heber (Hb.) hat Bedenken wegen der Ge-
meinderückbildung.
Hg. Fischer (Weihenheim (Landbund) stimmt den
Ansprüchen Weihenheims zu, kann aber nicht für das
Notgesehe stimmen. Die Landwirtschaft leide schwer.
Hg. Schmidt (Dnall.) lehnt namens
seiner Fraktion das Gesehe ab.

Für die Sozialdem. erklärt Hg. Maier-Weiden-
berg (Soz.) die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesehe.
Er wendet sich gegen den Landbund, der nur die An-
treiben der großen Landwirte verfolge und: erachtet
die Rede Fischers als eine Verhöhnung der Not der
kleinen Bevölkerung. Wenn Sie (zum Landbund) so fort-
fahren, werden wir Ihnen den schärfsten Kampf an-
setzen. (Beifall zur Sozialdemokratischen Partei.)
Große Unruhe. Erregte, auf der Tribüne nicht ver-
ständliche Zurufe der Kommunisten. Hg. Maier rufte
dem Hg. Fischer (Komm.) zu: Mit den Leuten (Land-
bund) wollen Sie eine Regierung bilden! — Neue
Zwischenrufe erschallen und die Unruhe wird immer
erhöht; Präsident Dr. Baumgartner lautet ununter-
brochen und zucht schließlich: Wenn der Präsident läweln
hat, jeder Abgeordnete, Herr Fischer, zu schweigen! —
Unter großer Unruhe schließt Hg. Maier seine Aus-
sicherungen, indem er dagegen protestiert, daß diese Un-

stimmungen dazu benötigt werden, um das alle 2 2 2 2
der Not der Landwirtschaft zu lindern.
Hg. Hügle (Dem.) bedauert den Ton der in der
Debatte eingegebenen Rede. Es müßten jetzt Steuern
zur Grenze der Leistungsfähigkeit getragener werden.
Redner wendet sich gegen die Landtags- und beantragt
das energische Vorgehen der badischen Regierung in
Berlin. Wenn die Industrie ihre Pflicht und Schuldig-
keit im Steuerzahler restlos getan hätte, sähe es heute
anders aus.

Die nun folgenden Darlegungen des neue-
wählten Staatspräsidenten haben nicht nur das Gute,
die Diskussion wieder auf die Höhe zu führen und die
Sanktion zwischen Stadt und Land gefunden zu haben,
sondern geben auch wertvolle sachliche Aufklärung.
Staatspräsident Köhler erklärt, er habe Verständnis,
wenn in einer Zeit allgemeiner Not bei Behand-
lung von Steuerfragen eine gewisse Erregung Platz
greift; aber es hat keinen Sinn, wenn in dieser schweren
Zeit gegenseitige Vorwürfe erhoben werden. Die partei-
politischen Gesetze müssen zurücktreten in einem Zeit-
punkt wo uns ein hartnäckiger Feind an der Kehle sitzt
und uns das Leben schwer macht. Zur Diskussion steht
eigentlich nur das Notgesehe zur Grund- und Gewerbe-
steuer. Die Erregung in der Landwirtschaft kommt
nicht von den Vorauszahlungen zur Grund- und Ge-
werbesteuer. Sie werden auf bezahlt, sogar von den
Gemeinden des besetzten Gebiets. Handel und Industrie
betrachting diese Steuer als eine gerechte. Die endgültige
Festsetzung der Steuer nach dem neuen Gesehe erfolgt
wird die Vorauszahlungen selbstverständlich zur Anrechnung
bringen.

Daß die Zahlungsstermine so spät herauskommen,
kommt daher, daß man wegen der Geldentwertung mög-
lichst nahe an den Zahlungstermin heranziehen mußte.
Nicht in Goldzahlung, wie der Hg. Fischer (Landbund)
behauptet, werden die Steuern angefordert sondern sie
werden nur auf Goldwert gestellt und in Papiermark
bezahlt. Gemäßigte Forderungen treten auf allen Ge-
bietern an die Regierung heran, die dafür das Geld be-
schaffen muß. Man kann nicht verlangen, daß die
Neuern ihre einmalige Ernte für die Papiermark her-
geben und nachher auf dem Florenzien liegen. Dafür ist
die Bodenmark geschaffen worden. Man kann das nicht
annehmen, daß die Organisations, denen Bodenmark
zur Verfügung gestellt wurde, ihre Anwesenheit damit
behalten haben und den Bauern ihre Bodenmark
in Papiermark herausbezahlt haben. Es muß gefordert
werden, daß die Bodenmark hinterhand. Wir haben deshalb
keine Verständnis angenommen, weil die Banken bis zur
Grenze bis zu 10 Tausen gebraucht haben, der Land-
wirt kann auch per Reichsbank bezahlen. Gemäß den An-
trägen des Zentrums werden unter einstimmiger Zu-
stimmung des Reichstages sehr betragsliche Vorleistungen
erhöhen, daß die durch die Fortschreitung der Betriebs-
und Landtags-herausgeführten Zustände unbillig
ermindert seien. Im übrigen kann die Regierung in
Bezug auf diese Steuern ein sehr ruhiges Gewissen
haben, denn sie wurde gar nicht bestraft bei Schaffung
der Steuern. Heute will nun niemand der Vater dieses
Gesehes sein, obwohl auch im badischen Landtag die
Zustandsgeschichte über gemeint war der Landtags-
Fischer-Weihenheim. Die Weihenheim, die in Berlin, wo es
genötigt hat, bei der Schaffung der Steuern dabei
waren, die badischen Verhältnisse nicht zur Geltung ge-
bracht haben.

Die damals erlassenen Steuern sollten der Welt klar
vor Augen führen, daß Reich und Volk hinter Ruhr und
Rhein stehen. Diese Pflicht besteht heute noch unermind-
ert fort, um der unglücklichen Not dort zu wehren, einer
Not, von der wir uns kaum eine Vorstellung machen. Dort
ist der Zusammenbruch der Parteien gefunden worden
unter den Bannjungen der Feinde. Muß es denn bei uns
auch soweit kommen?

Der Beifall als Steuerfundament ist für uns un-
tragbar. Wir waren die ersten, die in Berlin dagegen
stimmten und in der Zusammenkunft mit Hellen, Wirttem-
berg und Bayern es erreicht haben, daß künftig für die
deutschen Verhältnisse dieses Steuerfundament in Bezug
komme. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß
wir damit nicht zufrieden sind, daß wir verlangen, daß
dieses Steuerfundament auch für die bestehenden Gesehe
in Bezug komme. In den letzten Steuern habe das
badische Parlament einstimmig die Forderungen erhoben, daß
Steuerpflichtige, die im Jahre 1922 ein Einkommen unter
400 000 M. besaßen haben, abgabefrei ausgehen; zur Be-
triebssteuer, daß Arbeitsgeber, deren Betriebssteuern
am Feststellungstage 20 Goldmark nicht übersteigen, eben-
falls abgabefrei sind zur Landabgabe, daß Land-
wirter unter 5 Hektar Besitz und 12 000 M. Mehrertrag
werden frei sein sollen. Ebenfalls haben wir die Einkinkaltung
gefordert in einer Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Nie-
derganges, daß der Reichsfinanzminister weitere Erlei-
cherungen gewähren kann. Wenn das erreicht werden soll,
muß der Landtag geschlossen hinter die Regierung sich
stellen.

Zum Steuerstreit fordern wir nicht auf, da damit das
ende des Reiches gekommen wäre. Der Aufruf des
Staatspräsidenten, mitzubefolgen, daß die badischen Verhält-
nisse die geübtere Berücksichtigung fänden, fand die all-
gemeine Zustimmung des Hauses.

Nach kurzen Ausführungen mehrerer Redner —
bemerkenswert ist noch die Darlegung des Regierungser-
reuters, Ministerialrats Kirchgänger, daß in nächster
Zeit den Ländern und Gemeinden auf dem Gebiete der
Beifall ergehen, so muß ich mich verbergen; denn
mit Rücksicht auf die trengebliebenen Katholiken in
Heiligenberg muß ich meine Auslieferung verber-
dnen. Sorge Dich nicht um mich, Mutterchen; wir
Briester stehen in Gottes Hand. Wenn Du mit
eine Nachricht zumommen lassen willst, so schreibe
bitte an die verwitwete Gräfin Sidonie Sorma auf
Tannenberg; sie wird dann den Brief durch das
Komteßer Helene an mich weiterexpedieren lassen.
Sei stolz auf mich, da ich für unseren Heiligen
Glauben leiden kann. Wir siegen! Bete für Hei-
genen getreuen Sohn

Die Frau Mat hatte es vermerkt, den Brief bis
zum Ende vorzulesen. Ihre Augen waren mit
Tränen genezt und die Stimme zitterte. Josephine
aber sahste die Angelegenheit im Sinne des Hoch-
würdigsten auf: „Recht hat er, stolz woll'n wer auf
ihn sein, und das kann ich Sina schon heute sagen.
Frau Appellationsgerichtsrat, der Friede amal a
extra Blaser im Himmel, und nun weinen S nicht,
siehe gnädige Frau, sondern beten S ein bißel,
das wird Sina gut tun und ihm auch.“

Damit schob Josephine in ihre Küche hinüber und
murmelte allerhand Gebete zwischen den Lippen,
während sie den Hochwürdigsten schwanen. Frau Therese
aber besaßte in ihrer feinen innigen Art den Mat
ihrer verberden Köchin. Ihre Seele barnte am Thron
des Allerhöchsten um Gehör.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kaplan von Heiligenberg.

1) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes
von Subertus-Kraft Graf Strachwitz.

Am Abend dieses Maienmontages — es war zu-
gleich der letzte Tag im Monat — rief die verwit-
wete Appellationsgerichtsrat Therese Ziegler nach
dem Essen Josephine zu sich herüber in den Maha-
gonihallen.

„Gehe dich, Finken, du bist müde. Aber mich
lasse herumgehen.“

Dabei eilte sie mit ihren zarten, grau beschuhten
Füßchen an dem roten Leppichrande auf und
ab. Die Köchin setzte sich in die Ecke neben das
rotbraune Vertikal. Das war ihr Platz, wenn sie
einmal herüberkam, was nicht allzu oft geschah; die
Frau Mat beschäftigte sich gern allein. Nur wenn
sie einen Kummer hatte und mit ihren Sorgen
nicht fertig wurde, erlaubte sie der Vertrauten, für
ein Stündchen ihr Gesellschaft zu leisten.

„Ich sorge mich um meinen Sohn.“

„Ness, um den hochwürdigen Herrn Franzl.
Es ist wahr, Frau Appellationsgerichtsrat, er hat
lange nicht geschrieben.“

„Das ist es. Sonst erhielt ich an jedem Dienstag
einen Brief, der letzte ist ausgeblieben.“

„Aber krank ist er nicht“, beruhigte Josephine,
„dann hätte er schon geschrieben, schon deshalb, da-
mit Frau Mat nichts merke.“

Die Frau Mat

„Diese Annahme dünkt mich richtig, Josephine,
aber ich fürchte, die neue Religionsbewegung hat
auch nach Heiligenberg übergreifen. Er hat mir
oft von dem Dankelmut des Barrers erzählt, er
fürchtete dessen Abfall vom Heiligen Vater.“

„Was!“ — Die brave Josephine vergaß ganz
ihre Dienstbotenstellung und schlug mit der Faust
an das Vertikal: „Was, so ein Abtrünniger, was
sagen die Leute, na, dem wollte ich schon kommen.“

Die Frau Mat lächelte sich, trotz innerer Er-
regung: „Es steht viel von Verfolgung in der Rei-
tung. Verschiedene Geistliche wurden in das Ge-
fangnis abgeführt, auch ein Bischof, es ist doch
nur traurig. Wenn das der selige Appellations-
gerichtsrat erlebt hätte! Und sie werden alle nur
miskhandelt, weil sie unserer Kirche treu bleiben.“

Sie stand vor ihrem Sekretär und koste mit
schmerzvollem Miß die Grabüre ihres Seligen.

Aber Josephine hörte ganz wild: „Das lassen wir
uns gefallen? Warum stehen wir nicht auf und
befreiten die Hochwürdigen, ich würde schon kämp-
fen. Pech und Schwefel würde ich über die Gen-
darmen ausgießen, diese Maleschubden, gnädige
Frau Mat, diese...“

Aber das letzte derbe Wort aus dem Mädeljargon
verschluckte sie; denn die Frau Mat hielt sich die
zarten Dehrden zu: „Nicht so, Josephine, das hilft
nichts. Es kann vielleicht alles einmal eingekerkert
werden, wenn nur Bismarck erst seinen Irrtum er-
kennt und den Kampf aufgibt.“

„Das war“, meinte Josephine ganz erstaunt.
Dann aber kam ihr der Kaplan wieder in den

Sinn: „Der hochwürdige Herr Franzl, den wollen
sie auch abführen!“ Und sie klachte die rotge-
brannten fleischigen Hände zusammen, als wenn
sie Ohrenjagen anstellen wollten.

„Das weiß ich nicht“, seufzte die feine Frau und
nahm wieder ihren Gang an dem Leppichrande en-
lang, auf und ab, „aber ich weiß, daß Franzl treu
bleibt, ich weiß, daß er eher sterben als bereit sein
würde, seinen Eid zu brechen. Sie werden ihn in
das Gefängnis werfen und er wird viele Leiden er-
dulden müssen, Josephine.“

„Nur nicht Trübsal blasen, Frau Appellations-
gerichtsrat“, meinte Josephine gutmütig und sprach
ihre noch weiter Trost zu: „Dienstag kommt sicher
ein Brief.“

So war es auch. Ein eingeschriebener Brief, der
bereits Sonntag abends geschrieben war. Josephine
brachte ihn und blieb abwartend an der
Tür stehen. Frau Therese öffnete hastig. Schon
nach wenigen Zeilen rief sie erschrocken: „Ich habe
es geahnt, höre Finken!“

„Geliebtes Mutterchen!“

Leider muß ich Dir mitteilen, daß ich das Pfarr-
haus in Heiligenberg verlassen habe. Der Barrer
ist abgefallen. Voraussetzungen sind ein
Kastbefehl gegen mich ergehen, da ich mich zum
Barrer der Gemeinde — ich befohl die bischöfliche
Ernennung — erklärt habe. Du weißt, nach den
traurigen Maleschubden soll kein Briester eine An-
stellung ohne die Einwilligung des Staates er-
halten. Vorläufig warte ich ab. Sollte der Hoff-







